



Medien-Information

15. Dezember 2017

Hochwasserschutz Lauenburg: Umsetzung wird neu organisiert

KIEL. Um die Herstellung des Hochwasserschutzes in Lauenburg voranzutreiben, wollen Wasser- und Bodenverband, Stadt und Land die Aufgaben neu ordnen und in einer Realisierungsvereinbarung fixieren. Im Rahmen dieser Vereinbarung wird das Land auch weitere Aufgaben bei technischen Fragestellungen übernehmen. „Der Hochwasserschutz in Lauenburg hat hohe Priorität. Er ist ohnehin eine technische und logistische Herausforderung, die durch die Neufassung des Vergaberechts 2016 mit gesteigerten formalen Anforderungen nicht einfacher geworden ist und mit zeitlichen Verzögerungen verbunden war. Mit der Neuorganisation wollen wir weitere Verzögerungen in der Planung und Umsetzung vermeiden“, sagten Umweltminister Robert Habeck, Lauenburgs Bürgermeister Andreas Thiede und der Vorsitzende des Wasser- und Bodenverbandes Delvenau-Stecknitzniederung Wolfgang Genczik, heute (15. Dezember 2017).

Auslöser für die Entscheidung war vor allem das ernüchternde Ergebnis eines Vergabeverfahrens, mit dem die Projektsteuerung bei einem externen Büro in Auftrag gegeben werden sollte. Nach einer aufwändigen europaweiten Ausschreibung lag das als am wirtschaftlichsten zu wertende Angebot allerdings um nahezu das Dreifache über den kalkulierten Kosten. Es übersteigt damit die finanzielle Leistungsfähigkeit von Verband und Stadt trotz der in Aussicht gestellten Förderung durch das Land deutlich. „Das ist nicht akzeptabel. Wir müssen mit öffentlichem Geld verantwortungsvoll umgehen. Entsprechend setzen wir die Maßnahmen in Eigenregie von Verband, Kommune und Land um und fahren damit besser und günstiger“, sagte Robert Habeck.

Als gemeinsame Konsequenz aus dem Vergabeverfahren sollen die anstehenden Abstimmungs- und Koordinierungsaufgaben sowie die Terminkontrolle, weitere Managementfunktionen und die Information der Altstadtbewohner und der Öffentlichkeit zukünftig von der Stadt Lauenburg als Mitglied im Wasser- und Bodenverband wahrgenommen werden. Bis zum April 2016 kümmerte sich im Wesentlichen eine mit der Grundlagenplanung beauftragte Bürogemeinschaft darum. Eine Erweiterung dieses Auftrages hätte aber einen förderschädlichen Verstoß gegen vergaberechtliche Vorschriften nach sich gezogen.

Grundsätzlich liegt die Aufgabe als Bauherr beim Wasser- und Bodenverband und seinem Mitglied Stadt Lauenburg. Im Rahmen der nun geplanten Neustrukturierung übernimmt das Land zusätzliche Aufgaben insbesondere bei der technischen Bewertung der von den beauftragten Planungsbüros entwickelten Ausführungsvarianten. Aus den beim Land liegenden Zuständigkeiten für die Bewilligung von Fördermitteln sowie für das Zulassungsverfahren erhält zudem der Wasser- und Bodenverband weitergehende Unterstützungsleistungen und Entlastung bei der verwaltungsmäßigen Abwicklung der Maßnahme.

„Die Verbesserung des Hochwasserschutzes ist für die Bewohner Lauenburgs und die Stadt selbst von herausragender Bedeutung. Dabei sind die Planungen des Hochwasserschutzes mit unseren eigenen Planungen im Bereich der Oberflächenentwässerung und Abwasserentsorgung sowie insgesamt mit den Interessen der Bewohner der Altstadt abzugleichen. Diese Aufgaben wollen und werden wir mit der in Aussicht gestellten Förderung des Landes übernehmen“, zeigt sich Bürgermeister Thiede von einer vor Ort wahrgenommenen Koordinierung überzeugt.

„Ich freue mich, dass die Stadt uns künftig bei der Koordinierung und Informationsvermittlung stärker unterstützt und das Land noch mal intensiver bei Technik, Bewilligung und Zulassung. Mit der zusätzlichen Unterstützung durch unsere Verbandsaufsicht beim Kreis Herzogtum Lauenburg dürfte die weitere Umsetzung des Projektes auch ohne ein mit der Projektsteuerung beauftragtes Büros gewährleistet sein“, zeigt sich auch Wolfgang Genczik für den Wasser- und Bodenverband von den getroffenen Absprachen überzeugt.

Hintergrund

Der mit einem verbesserten Hochwasserschutz zu versehenen Bereich Lauenburgs reicht vom westlichen Ende der Altstadt bis zum Anschluss des Bahndamms an den bis 2005 verstärkten Elbdeich vor dem Industriegebiet in den Aue- und Söllerriesen. Er wurde zur besseren Handhabbarkeit in vier Abschnitte unterteilt. Für die Teilbereiche von der Schleuse des Elbe-Lübeck-Kanals bis zum Anschluss an den Elbdeich sowie für den Bereich vom Mauersporn bis zur Brücke der B 209 sind Planungsaufträge erteilt und über die bis 2005 abgeschlossene Verstärkung des Elbdeichs hinaus weitere bauliche Maßnahmen umgesetzt.

Als nächste Schritte stehen europaweite Vergabeverfahren für die Beauftragung von Planungsleistungen im Bereich der zentralen Altstadt sowie für den Bereich der Hafenstraße bis zur Schleuse des Elbe-Lübeck-Kanals an. Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Hochwasserschutz in Lauenburg bis zum Jahr 2028 zu realisieren sein wird.

Grundsätzlicher Planungsansatz für Lauenburg ist es, den oberflächlichen Wasserzutritt in die Erdgeschosse durch die weitestgehende Ertüchtigung vorhandener Mauern und Anlagen zu unterbinden. Diese festen Anlagen werden durch teilstationäre, im Hochwasserfall aufzubauende Systeme komplettiert. Die konkrete Ausgestaltung ist bzw. wird Gegenstand der beauftragten bzw. noch zu beauftragenden Planungen sein. Dabei stellen die beengten Platzverhältnisse und das mittelalterliche Straßen- und Wegesystem mit einer begrenzten Zugänglichkeit im gesamten Bereich der Lauenburger Unterstadt eine logistisch zu lösende Herausforderung dar. Darüber hinaus müssen sowohl die sich aus dem geschützten Flächendenkmal wie auch aus den unter Denkmalschutz stehenden Einzelgebäuden ergebenden Anforderungen im Einklang mit städtebaulichen Aspekten bei der Planung und Umsetzung des Hochwasserschutzes berücksichtigt werden. Zudem sind die Interessen der Grundstückseigentümerinnen und –Eigentümern sowie Anwohnerinnen und Anwohner einzubeziehen.

Den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag folgend, wurden weitere Mittel für den vom Landtag noch zu beratenden Haushalt 2018 sowie die Folgejahre für den Hochwasserschutz in Lauenburg angemeldet. Damit soll die Kostenübernahme von 90% wie versprochen eingehalten werden. Nach den derzeitigen Kenntnissen wird bei einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 30 Millionen Euro von einer Erhöhung der Fördermittel des Landes um rund drei Millionen Euro ausgegangen. Mit dem erhöhten finanziellen und personellen Engagement unterstreicht das Land sein deutliches Interesse an einer zügigen Verbesserung des Hochwasserschutzes in Lauenburg.